

Pressemitteilung

Cluster-Studie im Bundestag

Forschungsergebnisse von Prof. Detlef Pollack fließen in politische Debatte um Religionsfreiheit ein

Münster, 20. Dezember 2010 (exc) Die bislang größte repräsentative Umfrage zur religiösen Vielfalt in Europa aus dem Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der Uni Münster war Thema im Bundestag in Berlin. In einer Debatte zur Religionsfreiheit in der 82. Plenarsitzung verwies der Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses, Tom Koenigs (Bündnis 90/Die Grünen), auf die Forschungsergebnisse des Religionssoziologen Prof. Dr. Detlef Pollack. Die Hälfte der Deutschen sei der Umfrage zufolge der Meinung, dass nicht alle Religionsgemeinschaften dieselben Rechte haben sollten, sagte der Politiker unter Bezug auf die Cluster-Studie „Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt“.

„42 Prozent der Deutschen finden, die Ausübung des islamischen Glaubens müsse stark eingeschränkt werden. Nur jeder vierte Deutsche befürwortet den Bau von Moscheen“, zitierte Koenigs aus der Untersuchung des Exzellenzclusters. Auch im eigenen Land, so Koenigs, müsse die Mehrheit verstehen, „dass Minderheiten das gleiche Recht auf Religionsfreiheit haben“. Die Debatte um Religionsfreiheit sei untrennbar mit der Integrationsdebatte verbunden, betonte der Abgeordnete. Ein Antrag zur Religionsfreiheit dürfe daher nicht nur „auf das außereuropäische Ausland zeigen“, sondern müsse sich auch mit der gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland befassen.

Auch die SPD-Abgeordnete Angelika Graf ging in der letzten Bundestagsitzung vor Weihnachten auf die Münsteraner Studie ein. „Der Aussage, religiöse Vielfalt sei bereichernd, stimmt nur die Hälfte der bundesdeutschen Befragten zu. Das ist ebenso erschreckend wie ein Minarettverbot in der Schweiz.“ Dies seien Hinweise darauf, „dass auch wir uns hier in Deutschland mit dem Thema Religions- und Glaubensfreiheit noch intensiver befassen müssen, übrigens unter Einbeziehung der hier lebenden Muslime und religiöser Minderheiten“, so Graf, die dem Ausschuss für Menschenrechte angehört.

Prof. Pollack hatte die Studie zuvor im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe vorgestellt. Sein Forscherteam hatte die repräsentative Erhebung im Sommer kurz vor der Sarrazin-Debatte mit dem Meinungsforschungsinstitut TNS Emnid in fünf Ländern durchgeführt. Zu den zentralen Ergebnissen gehörte, dass die Deutschen viel intoleranter gegenüber dem Islam und anderen nicht-christlichen Religionen sind als ihre westeuropäischen Nachbarn. Sie sprechen sich auch deutlich öfter als Franzosen, Dänen, Niederländer oder Portugiesen gegen neue Moscheen und Minarette aus. Sie sind laut Erhebung auch weniger bereit, anderen Religionen gleiche Rechte

zuzugestehen. Von Hindus, Buddhisten und Juden haben sie ein schlechteres Bild als die übrigen Europäer. (han)

Bildzeile: Prof. Dr. Detlef Pollack (Mitte) mit Angelika Graf (MdB, SPD), Alexander Yendell vom Exzellenzcluster, Tom Koenigs (MdB, Die Grünen, Vorsitzender des Menschenrechtsausschuss), Christoph Strässer (MdB, SPD) (v.l.)

Wenn Sie Pressemitteilungen des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ nicht beziehen wollen, mailen Sie bitte an religionundpolitik@uni-muenster.de

Kontakt:

Viola van Melis
Zentrum für Wissenschaftskommunikation
des Exzellenzclusters „Religion und Politik“
Johannisstraße 1-4
48143 Münster
Tel.: 0251/83-23376
Fax: 0251/83-23246
religionundpolitik@uni-muenster.de

„Religion und Politik“ - Der Exzellenzcluster der WWU Münster

Im Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster forschen rund 200 WissenschaftlerInnen aus 20 geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen und elf Ländern. Sie untersuchen das komplexe Verhältnis zwischen Religion und Politik von der Antike bis zur Gegenwart und von Lateinamerika über Europa bis in die asiatische und arabische Welt. Es ist der bundesweit größte Forschungsverbund dieser Art und von den deutschlandweit 37 Exzellenzclustern der einzige zum Thema Religion. Bund und Länder fördern das Vorhaben im Rahmen der Exzellenzinitiative bis 2012 mit 37 Millionen Euro.